

## **Armut aus humanistischer Sicht - eine neue Wirtschaftsordnung**

Armut hat es immer gegeben und wird es ja nach Definition immer geben. Doch ist Armut weit mehr als nur Definitionssache. Man kann sich der Armut wissenschaftlich nähern und letztlich auch zu fassen bekommen, um daraus konkrete Handlungsanleitungen abzuleiten. Maßgebliche Disziplinen sind die Soziologie, Soziobiologie, Verhaltensforschung, Psychologie, Glücksforschung und Ökonomie.

### **Absolute Armut**

Armut kann als absolute Armut betrachtet werden oder als relative Armut. Am einfachsten ist es, die absolute Armut zu definieren. Stehen einem Menschen nicht genug Ressourcen zur Verfügung, um seine elementaren menschlichen Bedürfnisse, wie ein Dach über dem Kopf zu haben, ausreichend Nahrung, Kleidung und medizinische Versorgung, so ist er zweifellos arm. Weltweit existiert diese Armut nach wie vor. In der weiteren Betrachtung nehmen wir Deutschland in den Blick, in dem es diese Art der absoluten Armut nicht mehr gibt. Es gibt einige besondere Ausnahmen, auf die später eingegangen wird.

### **Relative Armut**

Weit schwieriger ist es, die relative Armut zu erfassen. Armut hat nicht nur materielle Aspekte, sondern ist vielmehr auch eine Frage der sozialen Teilhabe und der eigenen Position im Vergleich zu anderen.

Neben den elementaren menschlichen Bedürfnissen, die absolute Armut definieren, hat der Mensch das Bedürfnis nach einem angenehmen Leben und einer Position in der Gesellschaft, die ihm Teilhabe ermöglicht und in dem er sich nicht am Ende der sozialen Leiter verortet.

### **Gleichheit für Alle**

Ein spontaner Impuls zur Lösung der relativen Armutsfrage könnte nun sein, dass eine Gesellschaft ihre Ressourcen gleichmäßig über alle Menschen verteilt. Alle Menschen erhalten das gleiche Einkommen und haben das gleiche Vermögen. Wobei, wenn schon alle das gleiche Vermögen haben, es im Grunde gar kein Privatvermögen braucht, denn alle Menschen könnten den gleichen Zugang zu dem gesellschaftlichen Vermögen haben. Gemeinschaftseigentum als Lösung der Armutsfrage.

Dieser Lösungsansatz wurde historisch versucht und ist an der menschlichen Natur und den Gesetzen der Ökonomie krachend gescheitert. Das Ergebnis dieser Menschenversuche war, dass die relative Armut dadurch gesunken ist, dass alle Menschen ärmer geworden sind.

Auf einem allgemein niedrigen Wohlstands-, oder besser gesagt Mangelniveau, waren die Unterschiede angeglichen. Da diese Art der Gleichmacherei gegen die Natur des Menschen ist, musste das gesellschaftliche Beglückungsexperiment letztlich durch Zwangs- und Unterdrückungsmaßnahmen am Leben erhalten werden. Ohne Zwangsmaßnahmen würden sich nach einer allgemeinen Vermögensverteilung recht schnell wieder Unterschiede einstellen und damit über kurz oder lang auch wieder relative Armut geben.

Die Gründe, warum dies so wäre, sind vielfältig. Allein der Zufall im Leben würde über die Zeit für eine Ungleichverteilung sorgen.

### **Die Natur des Menschen**

Der Mensch trägt widersprüchliche Neigungen in sich. Menschen haben ein starkes natürliches Bedürfnis nach Ausgleich und Gleichheit. Zudem verfügen wir über ein ausgeprägtes Empfinden für Fairness.

Der Einzelne sieht sich aber auch im sozialen Wettbewerb, zu dem auch das Streben nach einer bevorzugten Stellung in der Gesellschaft gehört.

Auch unterscheiden Menschen sich sehr in ihrer intrinsischen Motivation, Dinge zu gestalten, sich selbst zu entfalten und allgemein in ihren Fähigkeiten selbstgesteckte Ziele zu erreichen. Sie sind auch schlicht unterschiedlich fleißig und angetrieben ob, was und wie viel sie lernen und arbeiten wollen und können.

All diese Unterschiede führen letztlich, neben dem Element des Zufalls, dazu, dass Menschen unterschiedlich erfolgreich sind, wie man Erfolg auch immer definieren möchte.

Fairness bedeutet für den Menschen, dass jeder Mensch, der sich für die Gemeinschaft einbringt, auch einen Anteil erhält, von dem, was die Gemeinschaft erwirtschaftet hat. Kein Mensch kann für sich alleine wirtschaften. Über vielfältige Transformationsprozesse bringt jeder Mensch letztlich etwas in die Gemeinschaft ein und erhält seinerseits etwas von der Gesellschaft zurück.

Es stellt sich ein starkes Störgefühl ein, wenn jemandem "sein" Anteil vorenthalten wird, aber auch, wenn ein Mensch sich nicht einbringt und er etwas von dem abbekommen soll, was alle anderen erwirtschaftet haben. Aber auch wenn jemand mehr nimmt, von dem, was alle erwirtschaftet haben, als es "seinem" Anteil entsprechen würde.

Diese, mehr oder weniger, unbewusste Rechenoperation, was jemand "verdient", wird gegenüber Mitmenschen in bestimmten Fällen nicht angewendet. I.d.R. greift in diesen Fällen die menschliche Neigung zur sozialen Fürsorge. So werden kranke und alte Menschen meist ohne jedes Störgefühl mitversorgt. Im Gegenteil stellt sich ein Störgefühl ein, wenn dies nicht erfolgt.

Wir sind soziale Wesen und alles, was nicht sozial ist, ist gegen unsere Natur. Dies gilt zumindest immer dann, wenn wir es selbst sind, die sich benachteiligt sehen. In privilegierter Stellung halten wir ungleiche Verhältnisse recht gut aus. So widersprüchlich ist nun einmal die menschliche Natur.

### **Chancen für Alle**

Wenn also eine gleichmäßige Verteilung der materiellen Güter keine dauerhafte Lösung der Armutfrage ist, so könnte man doch sagen, dass zumindest die Chancen gleichmäßig verteilt werden sollten, so dass jeder die Chance hat, sich aus der Armut zu befreien. Wer das dann nicht schafft, der ist selbst schuld. Lösung der Armutfrage über das Zusatzkriterium selbst schuld oder nicht.

Die gleichmäßige Verteilung von Chancen lässt die Realität unberücksichtigt. Im Gegenteil müssen die Chancen ungleich verteilt werden, weil die Menschen ungleich sind.

Die Menschen sind ungleich sozialisiert, sie sind ungleich begabt, sie sind ungleich intelligent, sie sind ungleich gesund und sie haben ungleich Glück und Unglück im Leben. Manche Menschen haben das Lebensglück, dass ihnen eine Chance im Leben reicht, um ihr Glück zu machen. Manche Menschen brauchen mehr als eine Chance.

Der Zufall ist nicht gerecht. Weder in der genetischen Lotterie ihres Aussehens, ihrer Fähigkeiten, ihrer Persönlichkeitseigenschaften; der Lotterie in welche Familie jemand geboren wird; noch in den lotteriehafte Wechselfällen des Lebens.

Im Grunde muss es darum gehen, dass jeder Mensch möglichst viele Lose im Leben erhält, um die Chancen so weit zu erhöhen, dass er auch gewinnen kann. Eine Garantie auf Lebensglück ist damit immer noch nicht verbunden.

### **Der Markt - Lösung oder Problem?**

Halten wir fest: Gleichheit führt ohne Zwang nicht zur Beseitigung von Armut, denn Gleichheit ist kein stabiler Zustand.

Bedeutete das nun, dass wenn man auf Zwang verzichtet und der Natur des Menschen freie Entfaltungsmöglichkeit lässt, es eben unvermeidlich weiter relative Armut geben muss, die sich aber auf einem Wohlstandsniveau befinden wird, auf dem die relative Armut nur noch dem Namen nach relative Armut ist?

Auch dieser Weg wurde ausprobiert und zum Teil läuft dieses Experiment am Menschen noch immer. Es gibt nicht nur eine Experimentanordnung. Abgestuft könnte man die Experimente Kapitalismus, freie Marktwirtschaft, soziale Marktwirtschaft oder gelenkte Marktwirtschaft nennen.

Entgegen den Menschenexperimenten Kommunismus und Sozialismus, von denen man nur lernen konnte, wie man es nicht machen sollte, kann man aus den auf marktwirtschaftlichen Prinzipien beruhenden Experimenten differenzierte Erkenntnisse gewinnen.

Vom reinen Kapitalismus, ohne flankierende soziale Regelungen, können wir lernen, dass die Grundannahme falsch ist, dass in einem ungeregelten Markt die Marktkräfte letztlich alles zum Positiven wenden. Das Gegenteil ist der Fall. Kapital kumuliert in immer weniger Hände und angesichts ihrer Machtlosigkeit verarmen immer mehr Menschen und werden von der Teilhabe am allgemeinen Wohlstand ausgeschlossen. Letztlich führt das System zu einem Systemkollaps, da gesellschaftliche Zustände, in denen Wenige alles und Viele nichts haben, gegen die menschliche Natur sind.

Marktwirtschaftliche Ordnungen mit unterschiedlichen flankierenden sozialen Regelungen schaffen es unterschiedlich, die beiden Pole Wohlstand und sozialen Ausgleich auszutarieren. Ein ideales Gleichgewicht hat noch keine Marktwirtschaft gefunden. Vielleicht gibt es auch keinen idealen Gleichgewichtszustand, da das menschliche Zusammenleben einfach zu dynamisch und komplex ist.

Dennoch lassen sich aus den verschiedenen Experimenten Erkenntnisse gewinnen, die darauf schließen lassen, wie man einen idealen Gleichgewichtszustand erreichen kann.

### **Der Markt - mehr als nur Handel**

Marktnormen fördern soziale Annäherungsorientierung und Positivsummenweltsicht, aber auch ein Gespür für Absichten und Handlungen der anderen. Fairness wird mit Fairness begegnet, Vertrauen mit Vertrauen und Kooperation mit Kooperation.

Dies gilt im positiven Sinn aber nur, wenn es Polypole sind. Denn dann muss jeder auf seinen Ruf achten und scheidet aus dem Markt aus, wenn er falsch spielt.

Monopolisierungen jeglicher Art bringen Machtaspekte ins "Spiel", was letztlich eher negative Eigenschaften hervorbringt.

### **Wohlstand und Beseitigung von Armut**

Das Wohlstand, das Gegenteil von Armut ist, ist eine Binse. Dennoch ist es nicht trivial festzuhalten, dass erstmal Wohlstand geschaffen oder erhalten werden muss, damit Armut beseitigt werden kann.

Funktionierende Märkte sind eine unverzichtbare Voraussetzung, damit Wohlstand entstehen kann.

Der Preismechanismus von Märkten sorgt grundsätzlich dafür, dass knappe Güter dort Verwendung finden, wo sie den meisten Nutzen stiften. Die Einschränkung "grundsätzlich" ist ganz wesentlich, denn dies gilt nicht immer und gerade nicht immer in den für den Menschen wichtigsten Lebensbereichen. Dort, wo sie keinen Nutzen stiften oder sogar schaden, spricht man von Marktversagen. An diesen Stellen braucht es Regeln, um das Marktversagen zu überwinden. In welchen Fällen es zu Marktversagen kommt und welche Eingriffe es dann braucht, sehen wir im weiteren Verlauf.

Entscheidend ist aber, dass klar gesagt werden muss, dass ein Wirtschaften nach normativen Marktregeln nicht nur Wohlstand schafft, sondern darüber hinaus eine ganze Reihe von humanistischen Werte unterstützt und fördert.

Dort, wo der Markt durch Intransparenz, Oligopole oder Monopole seine positive konstruktive Kraft verliert, beginnt der Kapitalismus so zu sein, wie ihn sich diejenigen vorstellen, die ihn schon vom Namen her ablehnen. Dann auch tatsächlich zu Recht.

### **Einkommen**

Unterschiedliche Tätigkeiten werden unterschiedlich entlohnt. Selbst innerhalb einer Tätigkeit kann diese besser oder schlechter getan werden. So dass sich auch hier Lohnunterschiede einstellen können. Diese Unterschiede zwischen den Tätigkeiten und innerhalb einer Tätigkeit sind wichtig als Anreiz, der letztlich allen Menschen zugute kommt. Zum einen werden durch höhere Löhne Menschen in die Berufe gelockt, die mehr gebraucht werden und zum anderen Menschen dazu gebracht, in ihrem Beruf mehr zu leisten.

Es mag höchst interessant sein, wenn man seine Profession als Sprachwissenschaftler in historischen Sprachen findet, doch der gesellschaftliche Bedarf an solchen Sprachwissenschaftlern ist, im Gegensatz zu Ärzten, sehr begrenzt. Auch sollte der Arzt, der sein "Handwerk" besser versteht, mehr verdienen, als der Arzt, der seine Patienten mehr schlecht als recht behandelt.

Dieser allgemeine Nutzen soll und muss seinen Niederschlag in einer Lohnspreizung finden.

Marktversagen beginnt dort, wo Menschen für ihre Arbeit keinen Lohn erhalten, der vor Armut schützt, oder Menschen aufgrund ihrer Position in einem Unternehmen das hundertfache oder mehr vom Durchschnitt aller anderen Unternehmen verdienen. Am unteren Ende ist es eine Frage des menschlichen Wertes, der nicht in Frage gestellt werden darf und am anderen Ende ist es eine Frage der Machtposition und nicht mehr der Leistung oder des Nutzens für die Gesellschaft. Beide Fragestellungen an ihren entgegengesetzten Enden der Einkommenskala können nicht durch den Markt beantwortet werden. Dafür stehen die Instrumente des Mindestlohns und der Einkommensbesteuerung zur Verfügung.

Aus humanistischer Sicht ist ein auskömmlicher Mindestlohn am einen Ende, eine flache Spreizung der Löhne und eine Einkommen limitierende Besteuerung am anderen Ende der Einkommensverteilung sowohl aus sozialen, als auch aus ökonomischen Gründen geboten.

### **Mindestlohn**

Einen Mindestlohn aus humanistischer Perspektive zu fordern ist nachvollziehbar. Die Schwierigkeit beginnt da, wo die gut gemeinte Forderung auf die harte Realität von Kosten/Nutzen Rechnungen trifft. Löhne müssen von Arbeitgebern gezahlt werden können. Das können und wollen sie nur, wenn ein Mehrwert der geleisteten Arbeit abgeschöpft werden kann. So sehr Karl Marx die Abschöpfung des Mehrwertes kritisiert hat, so sehr irrt er darin, dass es anders sein könnte. Unternehmerische Tätigkeit, im Kleinen, wie im Großen, ist immer auf Gewinn ausgerichtet. Warum sollte ein Unternehmer seinem Arbeitnehmer einen Lohn zahlen, wenn er aufgrund der vom Arbeitnehmer geleisteten Arbeit nicht mehr Ertrag generiert, als er ihn an Lohn gekostet hat? Diese Art der selbstzerstörerischen Selbstlosigkeit kann man realistisch von keinem Menschen erwarten.

Nicht akzeptabel sind Mehrwertabschöpfungen, die den Arbeitnehmer keinen anständigen Lohn lassen. An der Stelle ist ganz klar nicht die Gewinnmarge für den Unternehmer das Problem, sondern was dem Arbeitnehmer an Lohn verbleibt. Idealerweise findet der Arbeitsmarkt, zu dem auch das Engagement der Gewerkschaften zählt, einen fairen Ausgleich.

Die Forderung nach einem anständigen Mindestlohn trifft dort auf Schwierigkeiten, wo mit der Arbeit, zu einem anständigen Lohn, kein Mehrwert mehr geschaffen werden kann, den ein Unternehmer abschöpfen könnte. Wenn das Produkt oder die Dienstleistung am Markt, zu dem Preis, der sich aus den gezahlten Löhnen ergibt, keine Käufer findet, dann läuft die Forderung nach einem Mindestlohn ins Leere, denn dann werden keine Beschäftigungsverhältnisse entstehen.

In einer gesunden Volkswirtschaft betrifft dieses Problem i.d.R. nur Arbeiten, die eine geringe Qualifikation oder geringe Fähigkeiten vonseiten der Arbeitnehmer erfordern. So kann es paradoxerweise dazu kommen, dass es in der Wirtschaft einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften gibt, die gute Löhne erzielen können und gleichzeitig bei gegebenen Mindestlohn kein ausreichendes Arbeitsplatzangebot existiert.

Die Schlussfolgerung kann nur sein, Menschen zu qualifizieren und damit in die Lage zu versetzen, eine Beschäftigung zu finden, in der mindestens der Mindestlohn gezahlt werden kann.

Dennoch wird es Menschen geben, die aus gesundheitlichen Gründen oder mangels der Fähigkeit, sich qualifizieren zu lassen, diesen Weg nicht gehen können.

Die Menschen, die es aus gesundheitlichen Gründen nicht können, sollten eine menschenwürdige Versorgung aus Versicherungsleistungen erhalten. Relativ arm werden sie aber bleiben, wenn auch auf einem Niveau, das gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Die Menschen, die nicht über die Skills verfügen, eine notwendige Qualifikation zu schaffen, sind auf unqualifizierte Arbeit auf Mindestlohnniveau angewiesen. Besteht dafür kein ausreichendes Arbeitsplatzangebot, so muss über das Instrument der Lohnsubventionierung, mit aller gebotenen Vorsicht, nachgedacht werden. Oder es muss ein künstliches staatliches Arbeitsplatzangebot geschaffen werden. Aber auch dies nur mit der

gebotenen Vorsicht, um nicht bei aller guten Absicht unerwünschte wirtschaftliche oder gesellschaftliche Effekte zu verursachen.

Das weitaus größere Problem besteht darin, eine allgemeine Störung am Arbeitsmarkt zu beheben, wenn sich aus konjunkturellen oder strukturellen Gründen Arbeitslosigkeit auch bei qualifizierten Arbeitnehmern einstellt.

Daher gilt es, diese Situation erst gar nicht entstehen zu lassen. Eine wirtschaftsfreundliche Politik ist daher immer auch Arbeitsmarktpolitik und damit letztlich Sozialpolitik. Als Blankoscheck für die Wirtschaft sollte man diese Erkenntnis auf keinen Fall missverstehen.

### **Einkommensbesteuerung**

An der Spitze der Einkommenspyramide werden die Einkommen nicht durch Leistung gerechtfertigt, sondern durch Macht oder Zufall. Eine Besteuerung, die bis zu 90% heranreicht kappt Einkommensexzesse, ohne dass es zu einer Leistungsminderung der selbsternannten Leistungsträger kommt. Denn als solche verstehen sich die Spitzenverdiener in der Regel, aber nur eine Minderheit zurecht.

Über die Grenze für Einkommen limitierende Steuersätze wäre zu streiten. Einmal gefunden, wäre die sicher nicht für die Ewigkeit definiert, sondern den Verhältnissen und Erfordernissen der Zukunft immer wieder anzupassen. Nicht anders als die Höhe des Mindestlohnes.

### **Vermögens- und Erbschaftssteuer**

An der Stelle sei auch auf die in bestimmten Meinungsgruppen so beliebte Vermögenssteuer eingegangen. Die Erhebung und angemessene Besteuerung wirft so viele ordnungspolitische Probleme auf, dass sie vielleicht gut fürs Gefühl ist, aber mehr Schaden als Nutzen bringen würde.

Stattdessen sollte man sich eher den Erbschaften zuwenden. Betrachtet man Erbschaften als Einkommen der Erben, so könnte man Erbschaften einer effektiven und sozial gerechten Besteuerung unterziehen. Da Erbschaften letztlich immer aus Vermögen resultieren, wäre damit auch das Thema Vermögenssteuer eingefangen.

Der Einwand von Seiten der Vermögenden, dass man mit hohen Erbschaftssteuern Betrieben die Existenzgrundlage entzieht, ist nicht stichhaltig. Richtig ist, dass wenn man einem Unternehmen plötzlich erheblich Liquidität entzieht, dies zum Ende des Unternehmens führen kann. Die Forderung nach hohen Erbschaftssteuern schließt ausdrücklich nicht die Forderung ein, diese sofort bezahlen zu müssen, wenn es zu Lasten von Betriebsvermögen gehen würde. Das Gegenteil ist richtig. Es gibt ausreichend Modelle, wie eine solche Erbschaftssteuer gestreckt werden kann und das Unternehmen an sich nicht in seiner Wettbewerbsfähigkeit eingeschränkt wird.

Und sollte ein Alleinerbe einer elterlichen Villa diese verkaufen müssen, um die Erbschaftssteuer bezahlen zu können, so wäre er angesichts des verbleibenden Vermögens nicht zu bemitleiden. Ein Menschenrecht auf angemessenen Wohnraum gibt es zweifelsfrei. Ein Menschenrecht im geerbten Elternhaus zu leben kann zu Recht nicht konstruiert werden.

Es sollte nicht der Zufall der Geburt darüber entscheiden, wer welche Wohnprivilegien genießt.

## **Zugang zu Arbeit**

Neben den geschilderten Voraussetzungen, um ein anständiges Einkommen zu erzielen, gibt es auch noch sehr persönliche Voraussetzungen, eine Arbeit aufnehmen zu können. Mit Arbeit ist hier nicht alleine an Lohnarbeit gedacht. Das Gleiche gilt auch für Einkommen aus selbständiger Tätigkeit.

## **Kinderbetreuung**

Für Menschen mit Kindern ist der wichtigste Faktor einer Arbeitstätigkeit nachgehen zu können, die Betreuungsmöglichkeit der Kinder. Hier ein ausreichendes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dieses Angebot gehört zur notwendigen sozialen Infrastruktur zur Verhinderung von Armut.

Ein weiterer Faktor bei der Kinderbetreuung ist die frühzeitige Förderung des Kindes. Nicht alle Eltern können ihren Kindern von Haus aus die Startbedingungen gewährleisten, die den Kindern ermöglichen später einen Ausbildungs- und Berufsweg einzuschlagen, die sie vor prekären Arbeitsverhältnissen schützen.

## **Mobilität**

Ein weiterer Faktor, der darüber entscheiden kann, ob eine Arbeit aufgenommen werden kann, ist der Wohnort. Eine gute und kostengünstige öffentliche Anbindung von Wohnorten an die Räume, an denen es Arbeitsangebote gibt, ist eine weitere soziale Infrastrukturmaßnahme zur Verhinderung von Armut. Nicht jeder abseits gelegene oder strukturschwache Wohnort kann angebunden werden. Da muss erwartet werden können, dass derjenige, der arbeiten will, dorthin zieht, wo es ein Arbeitsplatzangebot gibt. Dabei stellt sich ggf. die Frage nach dem vorhandenen Wohnraum.

## **Wohnraum**

Fehlender Wohnraum kann eine Armutsfalle sein. Fehlender Wohnraum ist auf jeden Fall ein Wohlstandskiller.

Wenn die Mieten so hoch sind, dass sie das Einkommen so weit aufzehren, dass nicht mehr viel zum Leben bleibt oder man sich nicht leisten kann, in eine andere Stadt zu ziehen, die Arbeitsplätze zu bieten hat, dann ist Wohnungspolitik Sozialpolitik.

Für Wohnraum gilt aber auch, dass es kein Recht gibt, in einer bestimmten Stadt oder Stadtteil zu leben. Dass sich bestimmte Wohngebiete zu beliebteren Wohngebieten entwickeln, ist so unvermeidlich, wie damit einhergehend der Preis dort zu wohnen steigt. Damit werden sich soziale Schichten entmischen. Bei weit auseinander laufenden Einkommens- und Vermögensverhältnissen entstehen damit Problemviertel und Wohlstandsenklaven. Mit einer humanistischen Wirtschaftsordnung ist dies sicher nicht vereinbar. Da aber in einer humanistischen Wirtschaftsordnung bereits bei der Spreizung von Einkommen und Vermögen angesetzt wird, werden keine Problemviertel oder Wohlstandsenklaven entstehen. Zu einer Streuung der Qualität verschiedener Wohngebiete wird es dennoch auch hier kommen. Gezielte Wohnfeldentwicklungsmaßnahmen helfen die Qualität benachteiligter Wohngebiete zu verbessern.

Bei der Entwicklung von Wohlstand nimmt Wohneigentum eine bedeutende Stellung ein. Wohneigentum und allgemeine Wohlförderung können gemeinsam gedacht werden.

Zudem hat Wohneigentum entscheidende sozialpsychologische Aspekte, wie Identifikation mit der Gesellschaft, materielles Sicherheitsempfinden und vieles mehr.

Entscheidend ist sicher die absolute Menge an geeignetem Wohnraum, unabhängig von Eigentum oder nicht, um das Wohnen überhaupt erst zu ermöglichen. Für die Wohlstandsverteilung und den Mietkostendruck für untere Einkommen ist Wohneigentum aber sehr entscheidend.

Auch bei der Wohnraumförderung ist sehr genau auf Fehlanreize, unerwünschte Steuerungseffekte und den gewünschten Zielen zu achten.

Ein Beispiel ist im Folgenden genannt.

Grunderwerbsteuer ist grundsätzlich eine Einstiegshürde zum Erwerb von Wohneigentum, insbesondere für Personen mit geringerem Einkommen. Zudem schränkt sie die Mobilität ein, denn bei einem Wohnortwechsel, der mit dem Verkauf und dem Neukauf einer Immobilie einhergehen müsste, stellen die erneuten Grunderwerbssteuern Umzugskosten dar, die sich nicht jeder leisten kann, ohne sein Wohnniveau zu senken.

Auf der anderen Seite könnte eine gestaffelte Grundsteuer Personen mit geringeren Einkommen ermöglichen, Wohneigentum zu erwerben. Wenn Personen, die bereits Wohneigentum haben, eine hohe Grunderwerbsteuer zahlen müssten, dann würde das Druck von Immobilienpreisen nehmen, da die Nachfrage von zahlungskräftigen Käufern tendenziell zurückgehen würde.

Personen, die im Wohneigentum leben, treten nicht auf dem Mietwohnungsmarkt als Nachfrager auf, was wiederum Druck von den Mietpreisen nimmt.

Diese Mechanismen funktionieren aber nur dann, wenn es nicht ganz grundsätzlich einen Mangel an Wohnraum gibt. Damit schließt sich wieder der Kreis, dass Wohnungs- und Wohnungseigentumspolitik letztlich Sozialpolitik ist.

Das Ziel muss hier sein, das Angebot so weit zu entwickeln, dass sich die Preise bei gegebener Nachfrage auf einem allgemein leistbaren Niveau einpendeln. Dem Mangel an Wohnraum dadurch zu begegnen, dass der Mangel subventioniert wird (Transferleistungen, Mietpreisdeckel, Prämien für den Erwerb von Bestandsimmobilien, usw.) beseitigt den Mangel nicht.

### **Versicherungsprinzip**

Zentraler Punkt einer humanistischen Wirtschaftsordnung ist das Versicherungsprinzip, dass schützend neben das Selbstverantwortungsprinzip tritt.

Selbstverantwortung bedeutet in diesem Zusammenhang, dass Menschen nicht paternalistisch bevormundet werden, sondern die Konsequenzen ihres Handelns durchaus auch negativ spüren können. Da aber viele Umstände im Leben nicht auf ein bestimmtes Handeln, sondern im positiven, wie negativen, auf Zufälligkeiten im Leben zurückzuführen sind, müssen negative Auswirkungen von unglücklichen Fügungen mit dem Prinzip der Risikoabsicherung durch Einbringung des Risikos in ein Kollektiv, kurz gesagt Versicherungen, aufgefangen werden. Dabei ist entscheidend, dass sich niemand dem Kollektiv entzieht.

Bei der Kfz-Versicherung können auch nicht einige Personen sagen, dass sie sich nicht versichern und damit dem Risiko aussetzen, sich durch einen Unfall zu ruinieren und in der Folge Dritte, die durch einen Unfall zu Schaden gekommen sind, deren Schaden nicht ersetzen können.



Warum sollten sich Personen einer Krankenversicherung entziehen können und damit das Kollektiv schädigen ?

Mit welchem Recht erheben Hausbesitzer, die durch eine Naturkatastrophe, gegen die sie sich hätten versichern können, es aber nicht getan haben und zu Schaden gekommen sind, Forderungen, dass ihnen von der Allgemeinheit geholfen wird? Haben sie doch zuvor nichts ins Kollektiv eingebracht, dass anderen im Schadensfall hätte helfen können.

Die Möglichkeit der Absicherung aller relevanten Lebensrisiken muss jedermann möglich sein. Das ein Risiko eintritt, kann nicht verhindert werden, wohl aber die Folgen, dass ein Mensch deswegen in Armut fällt.

Inwieweit bestimmte Versicherungen Menschen zur Pflicht gemacht werden oder nicht, ist eine Entscheidung, die gesellschaftlich zu treffen ist. Für Freiwilligkeit mit spürbarer Konsequenz oder Verpflichtung mit der Sicherheit, dass niemand Konsequenzen spüren muss, gibt es jeweils gute Argumente.

Im Modell der Freiwilligkeit wird es nicht ausbleiben, dass Menschen sich gegen bestimmte Risiken nicht versichern und bei Eintritt des Risikos eben in Armut stürzen. Die Gesellschaft ist für diese Armut aber nicht verantwortlich.

Im Modell der Verpflichtung kann das Risiko auf staatlicher Ebene abgedeckt werden und die Versicherungsbeiträge sind sozusagen die Steuerzahlungen.

### **Kinder**

Kinder können ein Armutsrisiko sein. Letztlich muss man sich Kinder leisten können. Die staatliche Unterstützung kann bei mangelnden eigenen Einkommen niemals die eigenen finanziellen Möglichkeiten übersteigende Kinderzahl kompensieren.

Hier produziert sich Armut selbst.

Eine persönliche Familienplanung, die auf ein Gleichgewicht zwischen Einkommen und Kindern geachtet hat, dann aber durch unglückliche Lebensumstände (Scheidung, Tod, Krankheit, Arbeitslosigkeit) aus dem Gleichgewicht geraten ist, wäre durch das Versicherungsprinzip, dass auf staatlicher Ebene ansetzt, abzusichern.

In bereits prekären Lebensumständen weitere Kinder zu bekommen bedeutet Armut zu verfestigen. Hier kann man durchaus von selbstverschuldeter Armut sprechen. Eine Alimentierung der Eltern setzt dabei Fehlanreize. Eine kostenlose Infrastruktur von Kinderbetreuung, Speisung und nicht diskriminierenden Sachleistungen nimmt hingegen den Armutsdruck von den Kindern, die selbst nicht für ihre Lebensumstände verantwortlich sind.

### **Absolute Armut in Deutschland**

Auch diese Armut gibt es, zumeist in Form von Obdachlosigkeit. I.d.R. ist die Armut begleitet von psychischen Erkrankungen wie Depressionen, tiefgreifenden Persönlichkeitsstörungen und Sucht, die es den betroffenen Personen nicht möglich machen Hilfsangebote anzunehmen, bzw. diese ausfindig zu machen und in Anspruch zu nehmen.

Auch ohne Obdachlosigkeit können Suchterkrankungen, wie z.B. Spielsucht oder Kaufsucht, dazu führen, dass sich Menschen immer entlang des Existenzminimums bewegen.

Diese Erscheinungsformen der Armut können bei allen Hilfsangeboten letztlich nicht vollständig beseitigt werden.

### **Staatsfinanzen**

Betrachtungen zu einer humanistischen Wirtschaftsordnung wären unvollständig, wenn man die finanziellen Verhältnisse des wichtigsten Akteurs in der Frage nicht zumindest streifen würde.

Der Staat ist das handelnde Subjekt, das für die richtigen Rahmenbedingungen sorgen muss und derjenige, der soziale Infrastruktur zu finanzieren hat.

Dies kann er nur, wenn er in seinem Handeln keinen fiskalischen Zwängen unterworfen ist, die ihn dazu zwingen, eine Politik im Sinne der Mächtigen und nicht im Sinne der Menschen im Allgemeinen zu machen.

Je höher die Staatsschulden sind, umso unsozialer sind die Folgen am langen Ende. Anfänglich können mit Staatsschulden soziale Wohltaten verteilt werden. Doch der Spielraum schränkt sich Jahr für Jahr ein, wenn mit den Staatseinnahmen die Schuldentilgung und Verzinsung bedient werden muss, statt staatliche Aufgaben damit zu finanzieren.

Staatsschulden führen zu einer Umverteilung von "arm" zu "reich". Die Staatsschulden werden schließlich durch Leistungseinschränkungen für "die Armen" bezahlt und fließen in Form von Zinsen an "die Reichen", die die Schuldtitel gegenüber dem Staat halten. Am Ende muss der Staat sich dem Willen der Finanzmärkte, die von den Reichen bestimmt werden, beugen und ihrem politischen Willen folgen.

Vor allem entheben Staatsschulden diejenigen, die eine höhere Steuerlast tragen könnten, von eben ihrer Verpflichtung einen fairen Anteil, gemäß ihrer Leistungsfähigkeit, an den Staatseinnahmen zu leisten. Statt gerechter Steuern, die gegen Widerstände durchgesetzt werden müssten, werden lieber Schulden gemacht.

Staatsschulden sind letztlich immer Inflationstreiber. Inflation geht in erster Linie zu Lasten von ärmeren Personen, die ihr komplettes oder fast komplettes Einkommen für den Lebensunterhalt einsetzen müssen.

Ebenso treibt die Nachfrage nach Krediten die Zinsen, die wieder die Personen belasten, die aufgrund eines geringen Einkommens besonders auf günstige Kredite angewiesen wären.

Das die Kreditaufnahme eines Staates für langfristige Investitionsgüter durchaus seine Berechtigung hat, wird nicht grundsätzlich in Abrede gestellt. Der Begriff eines Investitionsgutes muss nur eng gefasst und die Finanzierung auch mit einer Tilgung versehen werden, die der voraussichtlichen Nutzungsdauer entspricht.

### **Fazit**

Armut ist nicht nur eine Frage davon, wie viel Transferleistungen eine Gesellschaft erbringt. Mithin keine Frage alleine des Geldes. Armut ist über Geld hinaus vor allem mit fairen und solidarischen Rahmenbedingungen zu begegnen und so erst gar nicht entstehen zu lassen, bzw. allgemeinen Wohlstand zu mehren.

Das ist humanistisch, denn es hat etwas mit dem Selbstwert zu tun, den Menschen nach ihren Lebensumständen selbst beimessen.